

**Regierungserklärung von Ministerpräsident Jetten  
vor dem Abgeordnetenhaus, 25. Februar 2026**

Herr Präsident,

einer der klügsten Menschen, denen ich je begegnet bin, war Jan Terlouw.

Milde und Scharfsinn gingen bei ihm Hand in Hand, und das umso stärker, je älter er wurde.

Ein Gespräch mit ihm fühlte sich oft an wie ein warmes Bad und eine mündliche Prüfung zugleich.

Und ich habe mich in letzter Zeit manchmal unwillkürlich gefragt, was Jan wohl zum Ergebnis der Regierungsbildung gesagt hätte.

Sicher wäre er zum Teil sehr kritisch gewesen.

Ich hoffe aber, dass er darin auch etwas von jener großartigen Bemerkung wiedererkannt hätte, die er nach seiner ikonischen Rede über den Vertrauensschwund in unserer Gesellschaft machte, in der er daran erinnerte, dass Kinder früher nach dem Spielen im Freien ohne Schlüssel wieder ins Haus kamen, weil die unverschlossen blieb.

An die jungen Menschen im Publikum gewandt, sagte er damals: »Ich hatte ein schönes Leben, ich möchte, dass ihr das auch habt.«

Für mich ist das die Essenz dessen, was Politik sein muss.

Politik muss sich um die Zukunft drehen und darum, wie wir ihr mit Optimismus und Realismus begegnen.

Politik muss sich um ein gutes Leben für alle drehen, einschließlich des hoffnungsvollen Versprechens, dass die Kinder es einmal besser haben können als ihre Eltern.

Natürlich kann man unterschiedlich darüber denken, was genau ein gutes Leben ist und welche politischen Entscheidungen es dafür braucht.

Aber ich bin davon überzeugt, dass diese Unterschiede, wenn es darauf ankommt, gar nicht so groß sind.

Denn im Grunde wollen die Menschen alle dasselbe.

Ein Dach über dem Kopf und ein Einkommen.

Teilhaben können durch eine Ausbildung, eine Berufstätigkeit oder ein eigenes Unternehmen.

Ein sicheres Umfeld.

Die Gewissheit, dass einem nicht sofort der Boden unter den Füßen wegbricht, wenn das Leben es einmal nicht so gut mit einem meint.

Eine gute und zugängliche Gesundheitsversorgung und gute Bildungsangebote.

Ein nachhaltiges Land, das jetzt und auch noch in Zukunft lebenswert ist.

Und so könnte ich fortfahren.

Aber im Kern geht es darum, dass wir die Niederlande besser machen wollen.

Wir wollen ein besseres Land für die Lehrerin im Klassenzimmer, den Polizisten auf der Straße, die junge Bäuerin im Melkstall, den Neuling auf dem Wohnungsmarkt, den Einzelhändler um die Ecke, um nur einige Beispiele zu nennen.

Es ist an uns, diesem Ziel in den nächsten Jahren näher zu kommen.

Mit klaren Prioritäten, konkreten Veränderungen und gern auch mit ein wenig Tempo.

Die dazu nötigen Entscheidungen haben wir im Koalitionsvertrag formuliert.

Und damit meine ich zuallererst die Entscheidung für Investitionen in eine starke und innovative Wirtschaft, in ein gutes Bildungswesen, in Verteidigung und Sicherheit, in Klima und Nachhaltigkeit.

Darüber hinaus treffen wir weitreichende Entscheidungen, um den Stillstand in der Stickstoff-, Migrations- und Wohnungspolitik zu beenden, damit die Niederlande wieder vorankommen.

Dazu gehört auch der Mut, schwierige Entscheidungen zu treffen.

Probleme nicht mehr auf die lange Bank zu schieben.

Dafür zu sorgen, dass die Finanzen in Ordnung bleiben.

Die Zahlung der Zeche nicht auf später zu verschieben.

Und das alles auch ehrlich zu sagen.

Damit gute Gesundheitsleistungen, ein starkes soziales Netz und eine anständige Altersversorgung auch in Zukunft noch für alle verfügbar sind.

Und, Herr Präsident, damit drängt sich auch schon die Frage auf, wie man das am besten erreicht.

Wenn es nach uns geht, gibt es dafür nur einen Weg: Zusammenarbeit.

Zusammenarbeit in der Politik und mit den Sozialpartnern. Mit gesellschaftlichen Organisationen und mit den anderen Ländern im Königreich.

Und mit den Gebietskörperschaften: Provinzen, Gemeinden und Wasserverbänden.

Zusammenarbeit als beste Methode, Ergebnisse zu erzielen, die für die ganzen Niederlande gut sind.

Auch für Wähler, die nicht für eine der drei Koalitionsparteien gestimmt haben.

Mit einem Gespür für tief verwurzelte Anschauungen anderer Parteien.

Weil Demokratie mehr sein muss als die Hälfte plus eins.

So wollen wir arbeiten.

Was nicht funktioniert: wenn wir in Den Haag die ganze Zeit nur mit uns selbst beschäftigt sind.

Das haben wir nun schon lange genug ausprobiert.

Wir müssen weg vom politischen Kleinklein, weg von der Verdrießlichkeit, weg vom dauernden Gezänk.

Wir müssen wieder lernen, einander zuzuhören, der Gesellschaft zuzuhören.

Und wir wollen uns auch die Kraft unserer Gesellschaft zunutze machen.

In den Menschen stecken so viel Energie und Einsatzbereitschaft.

Die Niederlande sind ein Land der Freiwilligen, der Vereine, der Stadtteilinitiativen und der Nachbarschaftshilfe – das müssen wir hegen und fördern.

Das bedeutet, dass der Staat keine Steine in den Weg legt, sondern hilft und die richtigen Rahmenbedingungen schafft.

Unser Ziel ist eine effiziente und schlanke öffentliche Verwaltung, die einfach und zuverlässig ist. Eine öffentliche Verwaltung, die eine verständliche Sprache spricht und ein menschliches Antlitz zeigt. Nicht der Gesellschaft entfremdet, sondern als Teil von ihr.

Herr Präsident, ich möchte diese Regierungserklärung vor allem dazu nutzen, *eine* Frage zu beantworten: Was für eine Regierung wollen wir sein?

Und die kurze Antwort darauf habe ich eigentlich schon gegeben.

Wir wollen eine Regierung sein, die gewichtige Entscheidungen für die Zukunft trifft, auf der Grundlage klarer Prioritäten.

Wir wollen eine Regierung sein, die Reformen durchführt und notwendige Entscheidungen trifft, auch wenn sie schwierig sind.

Und wir wollen eine Regierung der Zusammenarbeit sein.

Doch bevor ich dazu mehr sage, ein paar Worte des Dankes.

An Sybrand Buma und Wouter Koolmees, und besonders an Rianne Letschert, die uns mit Humor, Unbefangenheit und fester Hand durch einen komplizierten Prozess geführt hat.

Dank auch an alle Mitarbeiter des Abgeordnetenhauses und der die Regierungsbildung begleitenden Geschäftsstelle, denen nichts zu viel war.

Und natürlich danke ich auch den Mitgliedern der vorigen Regierung für ihren Einsatz bis zuletzt, allen voran meinem Vorgänger.

Dick Schoof hat in einem besonderen Moment unserer Parlamentsgeschichte Verantwortung übernommen und sie bis zum letzten Tag uneingeschränkt getragen.

Hier zeigt sich wieder einmal: Langstreckenläufer sind Menschen mit Durchhaltevermögen.

Ich wünsche ihm das Allerbeste und viel Erfolg beim Sydney-Marathon.

Herr Präsident, ich denke, dass kaum jemand bestreiten wird, dass internationale Sicherheit für uns hohe Priorität haben, vielleicht sogar unsere erste Priorität sein muss.

Zum ersten Mal seit Jahrzehnten ist uns bewusst, dass unsere Freiheit und Sicherheit nicht in Stein gemeißelt sind.

Und auch nicht zum Nulltarif zu haben.

In der Ukraine fallen jetzt seit vier Jahren jeden Tag russische Bomben auf Wohnviertel, Kraftwerke und Krankenhäuser.

Das ist nichts, was irgendwo in weiter Ferne passiert, sondern eine konkrete Gewaltbedrohung ein paar Flugstunden von hier entfernt.

Für die Regierung ist vollkommen klar, dass die Niederlande und Europa sich dagegen wappnen müssen, gemeinsam mit unseren Verbündeten in der NATO.

Für unsere Sicherheit sind wir selbst verantwortlich.

Deshalb entscheiden wir uns mit diesem Koalitionsvertrag uneingeschränkt für die weitere Unterstützung der Ukraine und für große Investitionen in die Verteidigung. Und wir werden das auch gesetzlich verankern, weil eine starke Verteidigung langfristige Sicherheit braucht.

Auch wenn wir den Blick weiten, können wir nicht umhin festzustellen: Geopolitik ist innerhalb kurzer Zeit Machtpolitik geworden.

In hohem Tempo wird die internationale Rechtsordnung der Nachkriegszeit angegriffen und eingerissen.

Wir können uns alter Bündnisse nicht mehr so sicher sein.

Die Niederlande und Europa werden mit Abhängigkeit von Big Tech konfrontiert, mit einem komplizierten Verhältnis zu China, mit autokratischen Tendenzen weltweit und sogar in Europa.

Und die Frage ist: Lassen wir das einfach so geschehen oder nicht?

Für mich ist das eine rhetorische Frage.

Die Europäische Union hat in der Vergangenheit bewiesen, dass eine starke Demokratie und ein starker Rechtsstaat Garantien für Frieden, Sicherheit und Wohlergehen sind. Rechtssicherheit ist die Basis für eine starke europäische Wirtschaft, in der Unternehmen vertrauensvoll investieren, damit 450 Millionen Menschen ein gutes Leben haben können.

In Europa gehen Werte und Wohlstand zusammen.

Es gibt für uns also nicht den geringsten Grund, uns kleiner zu machen, als wir sind.

Europa lernt, die Sprache der Macht zu sprechen, und das ist auch notwendig.

Wir glauben, dass ein starkes Europa und starke Niederlande einander bedingen.

Und in dieser starken, einigen Europäischen Union müssen die Niederlande wieder eine treibende Kraft sein, wie es sich für eines der sechs Gründungsmitglieder und die fünftgrößte Volkswirtschaft der EU gebührt.

Dazu gehört auch ein stärkeres Augenmerk auf unsere Präsenz in der Welt, einschließlich zusätzlicher Mittel für unsere Auslandsvertretungen und die Entwicklungszusammenarbeit.

Wer mitreden will, muss mit am Tisch sitzen.

Außerdem investieren wir in unsere nationale Sicherheit und in die Stärke unseres demokratischen Rechtsstaats.

Jeder hat das Recht auf ein Gefühl der Sicherheit, auf der Straße wie hinter der Haustür.

Dazu braucht es unter anderem eine gut ausgerüstete Polizei, aber auch mehr Aufmerksamkeit für die Bekämpfung von häuslicher Gewalt und Femiziden.

Es erfordert zusätzliche Anstrengungen für die Cybersicherheit und eine resiliente Gesellschaft, in der sich die Menschen in ihrem Viertel bei einer Notlage gegenseitig helfen.

Wir können und dürfen niemals akzeptieren, dass unser Rechtsstaat von innen heraus durch das organisierte Verbrechen ausgehöhlt wird oder dass Journalisten, Rechtsanwälte und Politiker bedroht werden.

Und wir dürfen auch nie akzeptieren, dass Menschen in unserem Land sich ausgeschlossen fühlen, was leider noch zu oft der Fall ist.

Dagegen werden wir als Regierung immer angehen – und hoffentlich nicht nur wir.

Denn in den Niederlanden darf es nicht darauf ankommen, wo man wohnt, welche Hautfarbe man hat, wo man selbst oder die Eltern geboren wurden, was man glaubt oder wen man liebt.

Das ist das Fundament, auf dem wir stehen.

Herr Präsident, Prioritäten zu setzen und weitreichende Entscheidungen zu treffen bedeutet in der Politik auch, Geld bereitzustellen für die Dinge, die man für wichtig hält.

Das spiegelt sich in den Vereinbarungen zum Thema Wohnen und Infrastruktur, zu Landwirtschaft, Natur und Stickstoffmanagement, zu Energie und Klima und zu Wirtschaft und Bildung.

Aber mehr Geld bedeutet natürlich nicht, dass schon morgen alles in Ordnung ist.

Es gibt keine einfachen Lösungen für schwierige Probleme – und ich bin überzeugt: die Menschen verstehen das.

Mehr Geld ist oft auch nicht die einzige oder die ganze Lösung.

Aber es kann helfen, auf Lösungen hinzuwirken.

Vor allem in Kombination mit weniger Vorschriften, weniger Verfahren und weniger Hürden für Unternehmen und Bürger.

Genau so wollen wir es in den kommenden Jahren halten, und auch hier lautet das Zauberwort: gemeinsam.

Wir wollen also gemeinsam mit Unternehmen und Wissensinstitutionen an stabilen Rahmenbedingungen arbeiten, die zu Investitionen und Innovationen einladen.

Zum Beispiel, indem wir die Kapazität des Stromnetzes erweitern und in Infrastruktur investieren.

Zum Beispiel, indem wir es kleinen Unternehmen – oft Familienunternehmen – erleichtern, Personal einzustellen.

Und zum Beispiel, indem wir eine nationale Investitionsbank gründen.

Allein schon wegen des raschen Vormarschs der KI müssen wir uns auf eine neue Wirtschaft vorbereiten.

Und auch die Lösung des Klimaproblems, die für die Zukunft unserer Jugend so entscheidend ist, erfordert neues Wissen und neue Anwendungen dieses Wissens.

Das Start-up von heute kann das ASML von morgen sein.

Darum muss Talent Raum zur Entfaltung bekommen.

Darum müssen Selbständige Raum zur Entfaltung bekommen.

Darum muss Unternehmertum Raum zur Entfaltung bekommen.

Denn es sind die Unternehmen, in denen Arbeitsplätze geschaffen und jene Euros verdient werden, mit denen die Menschen ihre Einkäufe und ihre Miete bezahlen und aus denen auch die Leistungen des Gesundheits- und des Bildungswesens und weitere Leistungen der Daseinsvorsorge finanziert werden.

Um diese Leistungen weiter gewährleisten zu können, brauchen wir ein gesundes Wirtschaftswachstum.

Wenn der Kuchen größer ist, haben alle etwas davon.

Und, nicht weniger wichtig, ein Arbeitsplatz ist auch gut für die persönliche Entwicklung, das Selbstvertrauen, das Sozialleben.

Daher werden wir alles in unserer Macht Stehende tun, um möglichst vielen Menschen die Chance auf Teilhabe zu geben, auf dem Arbeitsmarkt und in dieser neuen Wirtschaft.

Es gibt noch immer einen eklatanten Mangel an Arbeitskräften, während zugleich eine Million Menschen mit einer Transferleistung am Rande stehen.

Um nicht missverstanden zu werden, ein gutes soziales Netz ist unentbehrlich und eine wichtige Errungenschaft.

Zugleich gibt es genug Menschen, die liebend gern arbeiten würden, aber in einem Regelungsdschungel feststecken.

Dieses Missverhältnis wollen wir beseitigen – dieses Gestrüpp wollen wir entwirren.

Wir müssen von nicht gut funktionierenden Systemen hin zu arbeitenden Menschen.

Und das beginnt mit konkreter Unterstützung von Familien.

Es muss einfacher werden, Beruf und Kinder miteinander zu kombinieren, und wir wollen Eltern mehr Ruhe und Sicherheit verschaffen, indem wir verschiedene kinderbezogene Leistungen zusammenlegen.

Und, Herr Präsident, in diesem Geiste investieren wir auch in die Bildung.

Denn ein gutes Bildungswesen ist die Voraussetzung für einen gut funktionierenden Arbeitsmarkt und eine starke Wirtschaft und Gesellschaft.

Kinder und Jugendliche verdienen den bestmöglichen Start ins Leben.

Das Land von morgen ist ihr Land.

Darum investieren wir auf ganzer Linie in ihre Zukunft: von den Grundfertigkeiten Lesen und Schreiben über eine Stärkung der Berufsschulen bis hin zu mehr Geld für Wissenschaft und Forschung.

Herr Präsident, wenn es zwei Themen gibt, die die Niederlande jetzt schon viel zu lange lähmen, dann sind es Stickstoff und Wohnen.

Mit allen Folgen, die sich daraus ergeben, gerade für junge Menschen.

Für den Jungbauern, der den Familienbetrieb übernehmen will.

Aber auch für den Neuling auf dem Wohnungsmarkt, der es kaum erwarten kann, ein eigenständiges Leben zu beginnen.

Wenn es irgendwo dringenden Handlungsbedarf gibt, dann bei diesen Themen.

Darum werden wir gemeinsam mit Landwirten, Provinzen und Naturorganisationen tun, was notwendig ist für einen Agrarsektor mit Zukunft, für Naturwiederherstellung und für die Wiederankurbelung der Erteilung von Genehmigungen.

Wir können das nicht länger vor uns herschieben.

Das Budget für Maßnahmen zur Lösung des Stickstoffproblems wird wieder deutlich aufgestockt. Denn die niederländischen Landwirte verdienen eine klare Perspektive, und unser Land muss die Lähmung endlich überwinden.

Wir werden auch gemeinsam mit Wohnungsgesellschaften, Bauunternehmen und den anderen Gebietskörperschaften alles daransetzen, das Ziel von hunderttausend Wohnungen pro Jahr zu erreichen, mit dreißig großen Neubaustandorten im ganzen Land.

Mit zusätzlichen Geldern im weiteren Verlauf der Legislaturperiode und mit kürzeren und einfacheren Verfahren muss das gelingen.

Wir bauen also auch im wörtlichen Sinne an einem besseren Land.

Und ja, der Koalitionsvertrag sieht auch einschneidende Reformen vor, wie die Verkürzung der Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes, die Anhebung des gesetzlichen Renteneintrittsalters ab 2033 und die Begrenzung des Anstiegs der Gesundheitskosten.

Wir haben darüber früher schon ausführlich debattiert, und ich zweifle nicht daran, dass diese Themen uns auch heute und morgen wieder beschäftigen werden.

Die Sache ist nur die: Wenn wir jetzt keine Entscheidung treffen, wird es später umso mehr wehtun.

Wenn man die Leute fragt, ob unsere Kinder und Kindeskinde später auch einmal in den Genuss ihres Ruhestandes und einer guten, zugänglichen Gesundheitsversorgung kommen sollen, sagen alle ja.

Natürlich wollen wir das!

Aber niemand findet es schön, dafür jetzt Abstriche in Kauf zu nehmen.

Und dennoch ...

Dennoch müssen wir die Gesundheitskosten und die Kosten der Bevölkerungsalterung unter Kontrolle halten.

Alle Experten sagen uns Politikern seit Jahren: Tut etwas!

Der beste Zeitpunkt, damit zu beginnen, war vor einigen Jahren.

Der zweitbeste ist jetzt.

Nichts zu tun bedeutet, dass wir den Jungen von heute unmögliche finanzielle Lasten und untragbare Versorgungsleistungen aufbürden.

Das will auch niemand.

Deshalb wollen wir die Regierung sein, die notwendige Entscheidungen trifft.

Und damit fangen wir an Tag eins an, im Dialog mit Ihnen, der Gesundheitsbranche und den Sozialpartnern.

Herr Präsident, auch in der Asyl- und Migrationspolitik stehen notwendige Entscheidungen an. Es ist kein Geheimnis, dass die drei Parteien dieser Koalition von Haus aus hier recht unterschiedliche Sichtweisen haben.

Aber wie lange hat dieses Thema nicht schon die gesellschaftliche und politische Debatte in Geiselhaft genommen, ohne dass sich etwas Wesentliches geändert hätte?

Wie lange wissen wir schon, dass es so, wie es heute organisiert ist, nicht funktioniert?

Es muss etwas geschehen.

Wir wollen die nächsten Jahre Ruhe in das Asylsystem bringen, indem wir drei Dinge erreichen: einen geringeren Zustrom, eine anständige Aufnahme und dass Asylsuchende mit einer Bleibeperspektive ab dem ersten Tag teilhaben können, indem sie die Sprache lernen und einer Arbeit nachgehen.

Unsere Pläne sind gleichermaßen streng wie darauf ausgerichtet, dass das Asylsystem funktioniert. Aber es fängt mit einem geringeren Zustrom an, denn wir sehen, dass unkontrollierte Migration die Belastbarkeit der Gesellschaft übersteigt.

Natürlich lösen wir nicht alle Probleme über Nacht, aber wir fangen augenblicklich damit an.

Durchführungsorganisationen wie die Einwanderungsbehörde IND und die für die Aufnahme zuständige Zentralstelle COA brauchen mehr Luft zum Atmen und müssen wissen, woran sie sind.

Die Kommunen müssen sich wieder von Den Haag unterstützt fühlen.

Und wir müssen mit Ländern innerhalb wie außerhalb Europas zusammenarbeiten, um das Problem möglichst dicht an der Quelle anzupacken.

Mit dem letztendlichen Ziel: Kontrolle über die Migration in einem Asylsystem, in dem immer Platz ist für Menschen, die vor Krieg, Gewalt oder Verfolgung fliehen.

Und damit, Herr Präsident, komme ich abschließend zu der Frage, was wir uns unter der Regierung der Zusammenarbeit, die wir sein wollen, vorstellen.

Uns ist sehr bewusst, dass die erste Verantwortung dafür bei uns liegt.

Wir müssen mit guten Vorschlägen kommen.

Wir werden das Gespräch mit gesellschaftlichen Organisationen und anderen Beteiligten suchen, mit den Gebietskörperschaften und mit Menschen überall im Land – und selbstverständlich auch mit Ihnen und den Mitgliedern des Senats.

Wir werden gut zuhören und unermüdlich reden.

Und wenn es einmal nicht gelingt oder etwas anders gemacht werden muss, dann müssen wir damit wie Erwachsene umgehen.

Natürlich stehen wir als Koalition hinter unseren Plänen.

Aber, platt gesagt, wir müssen schon miteinander ins Geschäft kommen.

Gute Ideen und intelligente Alternativen sind also willkommen.

Wenn wir nur miteinander bereit sind, das Nötige zu tun.

Wenn wir nur miteinander den Mut haben zu erkennen, dass den Niederlanden nicht mit Politikern gedient ist, die immer recht behalten wollen.

Und wenn wir nur miteinander in der Lage sind, nach dem bekannten Wort von Jan de Koning zu handeln: »Wenn es nicht geht, wie es nötig wäre, dann eben so, wie es möglich ist.«  
Ich glaube wirklich, dass die Menschen sich danach sehnen – nach einer pragmatischen Politik, die bereit ist, Kompromisse zu schließen, die unser Land weiterbringen.  
Sie merken, die Kaffeemaschinen sind schon am Aufheizen.

Zum Schluss, Herr Präsident, eine persönliche Bemerkung.

Es ist mir sehr daran gelegen, dass die Menschen in den kommenden Jahren wieder spüren, dass die Politik für sie da ist.

Gerade auch jene, die dieses Gefühl verloren haben.

Und das sind viel zu viele.

Ich hoffe sehr, dass es uns in den kommenden Jahren gelingt, Schritt für Schritt etwas von dem verlorenen Vertrauen in Politik und Staat zurückzugewinnen.

Jan Terlouw sprach in diesem Zusammenhang gern von einer »Vertrauensdemokratie«.

Mit der Abgabe der Stimme, so meinte er, gibt man Menschen wie Ihnen und mir einen Vertrauensvorschuss für vier Jahre.

Das Vertrauen, dass sie – also wir – mit dieser Stimme etwas Gutes anfangen.

Aber das war für Terlouw keine Einbahnstraße.

Denn Politiker müssen ihrerseits auch zeigen, dass sie Vertrauen in die Gesellschaft haben und dass sie verstehen, dass wer Vertrauen erhält, auch eine Verantwortung hat.

Das bedeutet, dass Politik für alle funktionieren muss.

Und mir ist völlig klar: das ist leicht gesagt.

Es in die Praxis umzusetzen ist ein Stück schwieriger, aber das sollte unser Ehrgeiz sein.

Ich hoffe, unser gemeinsamer Ehrgeiz: des Parlaments und der Regierung.

Und ich versichere Ihnen gerne, dass sich das neue Team auf der Regierungsbank hierfür mit aller Kraft einsetzen wird und dass ich fest entschlossen bin, dabei als Ministerpräsident voranzugehen.

Und so machen wir uns an die Arbeit.

Mit Optimismus im Hinblick auf die Zukunft unseres Landes.

Mit Realismus, weil nicht alle Probleme morgen gelöst sein werden.

Und vor allem in dem Vertrauen, dass Politik miteinander mehr bringt als gegeneinander.

Ich danke Ihnen.